

# Einleitung

## 1. Vom Erdrutschsieg zur absoluten Mehrheit

Die positive Wertung: „Wir können uns alle freuen über die Erfolge am letzten Sonntag“<sup>1</sup>, mit der der CDU-Parteivorsitzende Adenauer den Ausgang der Bundestagswahl vom 6. September 1953 kommentierte, und die durchaus optimistische Prognose, die er am 1. Juli 1957 für die dritte Bundestagswahl wagte: Wir haben „allen Anlaß, damit zu rechnen, daß wir diese Wahl gewinnen werden“<sup>2</sup>, denn „wir haben wirklich etwas geschaffen“<sup>3</sup>, bilden den zeitlichen Rahmen dieser Edition. Eine vordergründige Betrachtung der Eckdaten der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, die Ergebnisse der Bundestagswahlen des Jahres 1953 und 1957, die der CDU und CSU einen Stimmenanteil von zusammen 45,2 % (CDU 36,4 %, CSU 8,8 % – gegenüber 31 %, d.h. 25,2 % und 5,8 % im Jahr 1949) bzw. 50,2 % (CDU 39,7 %, CSU 10,5 %) einbrachten, könnte nun zu dem Schluß verführen, die politische Entwicklung jener vier Jahre sei von einem stetigen und gradlinigen Aufwärtstrend der CDU geprägt gewesen, und Adenauer als ihr unumstrittener und von permanentem Erfolg begleiteter Bundesvorsitzender habe den bereits 1953 programmierten, einzigartigen Wahlsieg vom 15. September 1957 als ein „unabwendbares Naturereignis“ garantiert.<sup>4</sup> Auch die Zufriedenheit der Mitglieder des Bundesvorstands über den Ausgang der zweiten Bundestagswahl, die die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hermann Ehlers und Jakob Kaiser in der ersten Vorstandssitzung zum Ausdruck bringen, wie die Zuversicht, die Adenauer in der letzten Sitzung vor der Wahl zum dritten Bundestag über die Aussichten seiner Partei äußerte, könnten diesen Eindruck untermauern.

Nichts wäre jedoch falscher: Die in diesem Band veröffentlichten Protokolle des CDU-Bundesvorstands lassen erkennen, daß derartige, im nachhinein angestellte Vermutungen tatsächlich jeglicher Grundlage entbehren. Nichts entspricht den damaligen Realitäten weniger als die Verklärung jener vier Regierungsjahre in der Rückschau, über denen eben gerade nicht die Sonne der Harmonie und der Erfolge unentwegt geschienen hat. Ohne sich auf den Lorbeeren des errungenen Wahlerfolgs auszuruhen,

---

1 Nr. 1 S. 14.

2 Nr. 20 S. 1257.

3 Nr. 19 S. 1230; diese Aussage im Rückblick auf die Jahre seit 1949 auch in Nr. 8 S. 512, 572.

4 SCHWARZ 1 S. 363. – Vgl. neuerdings zu den Klischees über die 50er Jahre Rainer GRIES, Volker ILGEN, Dirk SCHINDELBECK: *Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern. Mit Essays von Hermann Glaser und Michael Salewski.* Münster 1989.

richtete Adenauer schon in der ersten Sitzung unmittelbar nach dem Wahlsonntag den Blick nach vorne und warnte seine Partei vor Übermut: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns die Chance, noch einmal einen solchen Wahlsieg zu erfechten, vielleicht nicht wiedergegeben wird.“<sup>5</sup> Im Hinblick auf die großen Probleme, die in der bevorstehenden Legislaturperiode zu bewältigen waren, plädierte er für eine möglichst breite parlamentarische Absicherung der Regierungsarbeit, d.h. für eine Koalition mit FDP, DP und BHE – und zwar nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern. Mögliche Probleme in der Regierungsarbeit vorausahnend, forderte er „Geschlossenheit von wirklich hohen Graden unter uns“, denn „wir werden mindestens in der ersten Hälfte der vier Jahre alle unangenehmen Sachen erledigen müssen, damit die verdaut sind bei der nächsten Wahl“.<sup>6</sup> Ohne diese „unangenehmen Sachen“ so kurz nach dem Wahlerfolg schon im einzelnen anzusprechen, skizzierte der Bundeskanzler als Hauptziele in der Außenpolitik die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges, weil „das der einzige Weg ist, auf dem wir unsere Freiheit bewahren können, um unseren Leuten in Berlin und im Osten die Freiheit wiederzugeben, ein freies Europa zu schaffen und in der Gemeinschaft der freien Völker unsere christliche Anschauung und unsere kulturellen Ziele und das, was den Weltfrieden angeht, verwirklichen zu können“. Für die Innenpolitik stellte er den sozialen Aspekt, die „Zukunft unserer Jugend und der Familien“, besonders heraus: „Wir werden auf sozialem Gebiet entscheidende Fortschritte machen und neue Wege einschlagen müssen.“<sup>7</sup>

Außenpolitisch waren die Jahre 1953 bis 1957 eine Zeit großer Erfolge wie empfindlicher Rückschläge. Der größte Teil des Jahres 1954 wurde überschattet durch die quälende Ungewißheit um den EVG-Vertrag, bis ihn schließlich die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 scheitern ließ – ein „schwarzer Tag für Europa“<sup>8</sup>, aber auch für Adenauer, dessen supranationale Visionen von Europa bis auf weiteres begraben werden mußten. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik wurden die Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 in London und die vier Konferenzen in Paris vom 19. bis 23. Oktober 1954, die nicht nur zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO führten, sondern auch zu dem Beschluß, das Besatzungsregime zu beenden und der Bundesrepublik Souveränität zu gewähren – wenn auch unter Vorbehalten.

Im Rahmen der Pariser Verträge wurde auch das Saarstatut beschlossen, das durch die „Europäisierung“ der Saar den Kern eines vereinten Europas bilden sollte. Allerdings war dies an die Zustimmung der Saarbevölkerung geknüpft, mit der in diesen Monaten gerechnet wurde. Im Deutschen Bundestag erhielt Adenauer für diese

---

5 Nr. 1 S. 4f.

6 Nr. 1 S. 14.

7 Nr. 1 S. 13.

8 ADENAUER: *Erinnerungen* 2 S. 289. – Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*. Bd. II. Klaus A. MAIER, Hans-Erich VOLKMANN, Wilhelm MEIER-DÖRNBERG, Lutz KÖLLNER: *Die EVG-Phase*. München 1989.

Lösung der Saarfrage am 27. Februar 1955 eine Mehrheit, obwohl 50 Abgeordnete der Koalitionsparteien dem Abkommen ihre Zustimmung verweigerten. Für die CDU-Spitze war die Debatte um den zukünftigen Status des Saargebiets mit dem Ergebnis von Paris keineswegs abgeschlossen; weder vorher noch für lange Jahre nachher wurde um deutschlandpolitische und außenpolitische Fragen im Vorstand in solcher Schärfe gerungen.

Adenauer hat stets sehr wohl kalkuliert, was er im Vorstand sagte und was nicht.<sup>9</sup> Zu jenen Themen, deren intensive Behandlung er im Vorstand zu vermeiden suchte, die er deshalb unerwähnt ließ oder nur kurz streifte, gehörte die Saarfrage. Er wußte, daß einige der Vorstandsmitglieder mit seinen Vorstellungen nicht übereinstimmten, und wollte unliebsame Diskussionen vermeiden. Er wußte aber auch, daß nichts verborgen blieb, was in diesem Gremium behandelt wurde, denn, „was heute hier gesprochen wird, weiß man morgen doch“<sup>10</sup>. Und im sensiblen außenpolitischen Bereich, vor allem in den deutsch-französischen Beziehungen glaubte er sich Diskussionen und öffentliche Auseinandersetzungen seiner Partei nicht leisten zu können, weshalb er die strittige Saarfrage aus seinen Lageberichten meist ausklammerte.

Einer seiner Hauptkontrahenten in diesem Punkt war Jakob Kaiser, ein Kritiker der Adenauerschen Saarpolitik von Anfang an.<sup>11</sup> Er durchkreuzte dieses Verfahren immer wieder und zwang den Kanzler mehrmals unprogrammgemäß zur Stellungnahme und Diskussion. Unterstützt wurde Kaiser, der in der Rückgliederung der Saar eine nationale Aufgabe sah, von den beiden rheinland-pfälzischen Vorstandsmitgliedern Peter Altmeier und Alois Zimmer, die von den Verhältnissen in ihrer Nachbarregion am meisten betroffen waren, sowie von Fritz Hellwig, der aus Saarbrücken stammte und alte Verbindungen zur saarländischen Wirtschaft pflegte.

Zu einer ersten Auseinandersetzung war es Anfang 1953 gekommen.<sup>12</sup> Sie endete zwar mit einem Sieg Adenauers, doch war das Thema damit nicht vom Tisch. Immerhin dauerte es über ein Jahr, bis es Altmeier gelang, den Komplex erneut und ausführlich behandeln zu lassen. Lief diese Diskussion vom 26. April 1954<sup>13</sup> noch relativ geordnet und ohne übergroße Schärfen ab, so änderte sich dies in der Folgezeit. Mit dem Argument, man hätte „gegenüber unseren Freunden an der Saar ... unsere Verpflichtungen nicht genügend erfüllt“, löste Kaiser am 5. Februar 1955 eine Debatte aus, die Adenauer partout nicht gewollt hatte.<sup>14</sup> Sein Unmut über den Widerspruch, den er dabei erfuhr, brach schließlich gegen Ende mit abschätzigen Bemerkungen gegenüber den unzuverlässigen Saarländern durch.<sup>15</sup> Ruhiger ging es dagegen am 2. Mai 1955 zu, als Kaiser wiederum das Thema anmahnte und Adenauer entschuldigend

---

9 Zum Folgenden REPGEN: Saar-Frage.

10 Nr. 16 S. 1033.

11 KOSTHORST S. 116–122.

12 PROTOKOLLE I S. 409–419.

13 Nr. 3 S. 154f., 184–205.

14 Nr. 6 S. 346f.

15 Nr. 6 S. 378f.

meinte, er habe dies wegen der Fülle anderer Themen „vergessen“. Immerhin entstand auch hier eine heftige Debatte über den Verkauf der Röchling-Werke.

Zu einer dramatischen Zuspitzung kam es schließlich aber in der Sitzung am 30. September 1955, in der sich die bekannten Argumente gegen Adenauers Saarpolitik bündelten: das nationale Anliegen, die Probleme mit der FDP in Bund und Land, die Adenauers Kurs nicht uneingeschränkt mitzutragen gewillt war, die wirtschaftliche Existenz des Saargebiets und einiger Firmen, die Auseinandersetzungen im christlich-demokratischen Lager, d.h. zwischen CDU, CDU Saar und CVP, usw.

Adenauer war in der Defensive, seit die Meinungsforscher ein klares Nein der Saarbevölkerung zum Statut signalisierten: Er verteidigte seine Position, die er am 2. September beim Parteitag der CDU Westfalen-Lippe in Bochum nochmals skizziert hatte (Annahme des Statuts, dann Abwahl der ungeliebten Regierung Hoffmann in der Landtagswahl, dann Weitersehen), mit nicht weniger als neun Wortmeldungen, wobei er die Agitation gegen das Saarstatut als „nationalistische Ausbrüche“ oder sogar als „unverhüllten Nationalismus“ brandmarkte<sup>16</sup> – ein Vorwurf, den er wohl zur eigenen Rechtfertigung nach der Saarabstimmung am 10. März 1956 wiederholte.<sup>17</sup> Er versuchte auch, seine Kontrahenten durch ständiges Unterbrechen und Zwischenrufe – insgesamt fast 40mal – zu verwirren und in ihrer Argumentationslinie zu stören. Das Protokoll verzeichnet permanent „Unruhe“. Seiner Autorität war dieses wenig souveräne Verhalten alles andere als förderlich. Ein Teilnehmer, Eugen Wirsching, notierte in seinem Bericht, der Bundeskanzler wurde „derart erregt, wie ich ihn noch nie gesehen hatte“<sup>18</sup>. Als er schließlich eine „etwas abrupte“ Abstimmung<sup>19</sup> anberaumte, um sich seinen Kurs, das Ja zum Statut, bestätigen zu lassen, die Debatte abzuwürgen und die Auseinandersetzung zu beenden, hatte er den Bogen überspannt. Zimmer und Altmeier forderten vergebens, dies nicht zu tun und sich gemäß § 6 des Saarabkommens vom 23. Oktober 1954 jeder Einmischung zu enthalten. Ihre Argumente verfehlten die Wirkung nicht. Denn von 26 Mitgliedern votierten immerhin elf nicht für den Kanzler, der sofort den Saal verließ. Es kam zum Eklat. Johann Baptist Gradl, der gegen Adenauer gestimmt hatte, sprach nüchtern die Lage an, die nach zwei Stunden heftigster Konfrontation und höchster Erregung entstanden war: „Wir sind in einer sehr schwierigen Situation, weil wir solche KampfAbstimmungen in unseren Kreisen nicht gewöhnt sind. Es ist erstmalig, daß wir so auseinanderfallen ... Die Diskussion hat im Augenblick keinen Sinn.“<sup>20</sup>

Nur mit größter Mühe war es möglich, den auseinanderlaufenden Vorstand zu bewegen, das Abstimmungsergebnis, für das es keine Beschlußvorlage gab, zwar als irreversibles Faktum hinzunehmen, seine Wirkung aber dadurch zu entwerten, daß ein

---

16 Nr. 9 S. 606, 620.

17 Nr. 13 S. 840f.

18 Bestand G. Müller ACDP I-217 AO 11.

19 Nr. 9 S. 636, Altmeier S. 639.

20 Nr. 9 S. 643.

durch einen Dreier-Ausschuß formulierter, allgemein akzeptierter Text verabschiedet wurde, der allen Seiten gerecht wurde.<sup>21</sup>

Warum sich Adenauer im Gegensatz zu seinem sonstigen, in der Regel beherrschten Verhalten im Vorstand so wenig flexibel, ja geradezu starrsinnig in dieser Diskussion verhielt, ist nur schwer nachvollziehbar.<sup>22</sup> Vielleicht war es der Zeitdruck, unter dem er stand, mußte er doch wegen eines Abschiedsessens für François-Poncet die Sitzung vorzeitig verlassen. Erklärbar wäre seine Verärgerung auch, weil er sich noch nicht damit abfinden konnte, daß sein Konzept bei der bevorstehenden Abstimmung an der Saar abgelehnt und sein außenpolitischer Kurs damit durchkreuzt würde. Vielleicht veranlaßte ihn aber auch die Sorge, der Bundesvorstand seiner Partei könne hier einen ersten Ansatz finden, in seine Prerogative, die Außenpolitik, hineinzuwirken, und ihn in Zukunft in seiner Bewegungsfreiheit einengen, zu dieser übertriebenen Reaktion. – Die Abstimmung an der Saar vom 23. Oktober 1955 mit 67,71 % Neinstimmen jedenfalls war ein Votum gegen ihn. Er räumte dies Monate später, am 10. März 1956, selbst ein, suchte aber gleichzeitig mit dem Hinweis auf die Gefahr eines unkontrollierbaren Nationalismus und mit dem Bemerkten: „Wir haben in der ganzen Saarpolitik eine große Dummheit gemacht“<sup>23</sup>, seine Niederlage herunterzuspielen.

In der Tat konnte keine Frage, die mit der Saar zu tun hatte, einvernehmlich abgehandelt werden. Kaum war die Auseinandersetzung um das Saarstatut einigermaßen verdaut, brach neuer Zwist aus, als es um die Frage ging, wie die saarländischen christlichen Demokraten in die Union einzubinden wären; seit dem unrühmlichen Verhalten ihres Vorsitzenden Johannes Hoffmann und dem heftigen Abstimmungskampf standen diese sich in zwei unversöhnlichen Lagern gegenüber. Adenauer, der für eine möglichst umfassende Regelung unter Einbeziehung der CVP votierte, sah sich im Bundesvorstand wiederum der gleichen Oppositionsgruppe gegenüber, verstärkt noch durch die CDU-Vertreter von der Saar. Erneut wurde Gift und Galle gespritzt, und wiederum konnte sich der Parteivorsitzende mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen.<sup>24</sup> „Wir haben sie (die geschichtliche Entwicklung an der Saar) als die unmittelbaren Nachbarn anders erlebt“<sup>25</sup> – dies war die Voraussetzung des Widerstands gegen ihn. Erst 1959 kam es zu der Fusion zwischen Saar-CDU und CVP; die tiefe Abneigung zwischen den Mitgliedern der CDU und den früheren Anhängern von Johannes Hoffmann dauerte aber noch Jahre an.

Nach diesen heftigen Auseinandersetzungen zeigte sich Adenauer Anfang 1957 erstaunt, daß „das wichtigste Ereignis in diesem Jahr“, die Rückkehr der Saar, „von der Bevölkerung mehr oder weniger als selbstverständlich aufgenommen“ wurde<sup>26</sup>. Man

21 Nr. 9 S. 644 Anm. 61.

22 Vgl. zur Sitzung vom 5. Februar 1955 ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 427; über die turbulente September-Sitzung sagt er nichts.

23 Vgl. Nr. 13 S. 855.

24 Vgl. Nr. 15 S. 966–1012; Nr. 20 S. 1301–1315.

25 Altmeier in Nr. 15 S. 973.

26 Nr. 18 S. 1186.

solle es in der Wahlpropaganda „als wirklich ersten Schritt zu einer Wiedervereinigung“ besonders hervorheben. Diese erwartete er allerdings nicht in der unmittelbaren Zukunft, sondern nur „im Zuge einer allgemeinen Entspannung“<sup>27</sup>; und sie sei „nicht möglich ohne die drei Westmächte plus Sowjetrußland“<sup>28</sup>.

Letztmals war die deutsche Frage auf der Berliner Außenministerkonferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 das beherrschende Konferenzthema<sup>29</sup>; sie wurde dort erstmals mit dem Problem der europäischen Sicherheit verknüpft und trat von da an gegenüber den folgenden, zunehmend dem Problem der Abrüstung gewidmeten Konferenzen mehr und mehr in den Hintergrund. Adenauer hat diese Konferenzen immer skeptisch beurteilt, weil er davon überzeugt war, daß die Sowjetunion auf die völlige Kontrolle ihrer Einflußzone nicht verzichten werde, solange sie durch militärische und wirtschaftliche Entwicklungen nicht dazu gezwungen wäre. So reiste er auch im September 1955 – in diesem „höchst bewegungsreichen Jahr“ der internationalen Diplomatie<sup>30</sup> – ohne große Illusionen nach Moskau. Sein Besuch brachte zwar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion, als konkretes Ergebnis aber nicht ein Zugeständnis in der deutschen Frage, wohl aber die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen. Wenn auch diese Reise nicht von allen Unionspolitikern mit großem Enthusiasmus begleitet wurde – zu kontroversen Diskussionen im Bundesvorstand führte weder die Reise noch ihr verhältnismäßig bescheidenes Ergebnis. Die Freude über die Rückkehr der letzten Gefangenen überdeckte, daß die Stagnation in der Wiedervereinigungsfrage nicht überwunden werden konnte.

Zwar verging keine Sitzung, in der das Thema Wiedervereinigung nicht in irgendeiner Form zur Sprache gekommen ist – meist im Zusammenhang mit den Berichten über die außenpolitische Entwicklung und durch Interventionen vornehmlich der Berliner Abgeordneten Johann Baptist Gradl und Robert Tillmanns sowie Jakob Kaiser. Im Prinzip stets einig mit der Kanzlerlinie, drängten sie auf schnellere Fortschritte in der Sorge, das Verzögern einer Lösung bedinge „eine ständige weitere Entmutigung unserer Menschen in der Sowjetzone. Eine solche weitere Entmutigung würde eine Erlahmung der Kräfte mit sich bringen ... Die Russen wollen eine solche Erlahmung und Resignation“.<sup>31</sup> Eine Alternative zu Adenauers Weg aber gab es auch für sie nicht. Und so richtete man sich – je länger desto mehr – nicht auf einen kurz-, sondern auf einen langfristigen Prozeß ein. Zu kontroversen Diskussionen oder gar Auseinandersetzungen kam es in der deutschen Frage nie – im Gegensatz zum Saarproblem –, zumal ja auch keine konkreten akzeptablen Pläne oder Abkommen auf dem Verhandlungstisch lagen.

---

27 Nr. 7 S. 432.

28 Nr. 8 S. 524.

29 Vgl. Klaus GOTTO: Die Sicherheits- und Deutschlandfrage in Adenauers Politik 1954/55. In: THOSS/VOLKSMANN S. 137–151.

30 DOERING-MANTEUFFEL S. 90.

31 Nr. 8 S. 529f.

Wesentlich intensiver waren die Diskussionen, wenn es um innenpolitische Fragen, um die Entwicklung in den Ländern, um spezifische landes- und parteipolitische Probleme, um die Auseinandersetzung mit der SPD sowie um Wahlen und Wahlergebnisse ging.

Sieht man von der Saarabstimmung ab, waren zwischen 1953 und 1957 allein zehn Landtagswahlen zu bestehen. Im Sog der Bundestagswahl von 1953 wurden die Wahlen in Baden-Württemberg (19. November 1953) und Hamburg (1. November 1953) siegreich bestanden und führten auch jeweils zu CDU-geführten Regierungen. Doch bereits Ende 1954 erlitt die bislang so erfolgsverwöhnte Union herbe Rückschläge, so am 28. November 1954 in Bayern, als die CSU ihren Stimmenanteil zwar um über 10 % erhöhen konnte, sich aber von der SPD übertölpeln und insbesondere wegen ihrer Kulturpolitik aus der Regierung verdrängen ließ, in West-Berlin am 5. Dezember 1954, als die Koalitionspartei FDP fast die Hälfte der Mandate verlor und die CDU nur noch als Juniorpartner in eine SPD-geführte Regierung eintreten konnte. Nach der Wahl in Niedersachsen am 26. Mai 1955, die zur Ablösung der Regierung Kopf führte, begann ein Abwärtstrend, der auch von der erfolgreichen Wahl in Baden-Württemberg am 4. März 1956 nicht unterbrochen wurde; immerhin hatte man dort insgeheim mit der absoluten Mehrheit geliebäugelt.<sup>32</sup> Generell konnte die CDU gegenüber den letzten Landtagswahlen ihren Stimmenanteil zwar steigern, mußte aber gegenüber der Bundestagswahl erhebliche Einbußen hinnehmen.<sup>33</sup>

Vor allem die Ergebnisse der Kommunalwahlen des Jahres 1956 in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bedeuteten für die Union eine schwere Belastungsprobe. Zwar konnte die CDU ihren Stimmenanteil gegenüber den Kommunalwahlen von 1952 im allgemeinen knapp halten oder leicht erhöhen, gegenüber der Bundestagswahl von 1953 waren aber Verluste in zweistelliger Höhe zu verkraften. Die SPD hingegen steigerte ihr Potential im Vergleich zu den Kommunalwahlen wie der Bundestagswahl fast durchgängig um weit über 10 %. Dies weckte bei ihr euphorische Erwartungen für die Bundestagswahl 1957<sup>34</sup>, während die Aussichten der CDU, durch das anhaltende Stimmungstief, in dem sich die Regierung Adenauer im gesamten Jahr bereits befand, ohnehin getrübt, einen weiteren Dämpfer erhielten.<sup>35</sup>

Für dieses miserable Meinungsklima gab es eine Fülle von Gründen – konkrete und zeitbezogene, aber auch strukturelle, die zu den Grundgegebenheiten der Politik in der Bundesrepublik Deutschland gehören: erlahmender Schwung nach längerer Regierungszeit, Ressortegoismus und Profilierungssucht, Widersprüche in den Äußerungen führender CDU-Politiker in wichtigen Fragen, Auseinandersetzungen in der

---

32 Vgl. Nr. 11 S. 771; Nr. 12 S. 796f., 801.

33 Vgl. dazu KITZINGER S. 253–257; HEIDENHEIMER: Regierunschef S. 255.

34 KLOTZBACH S. 390f.

35 Vgl. SCHWARZ 1 S. 312–319: „Kanzler-Dämmerung?“.

Koalition, umstrittene Gesetzesvorhaben wie Sozialreform, Steuer- und Finanzverfassungsreform, Wehrverfassung, Wehrdienstzeit, Ausrüstung der Bundeswehr, unklare Familienpolitik, mangelnde Aufklärung über wirtschaftliche und währungspolitische Maßnahmen, Beunruhigung über Preissteigerungen, Kontroversen um die Schulpolitik<sup>36</sup> oder um die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften, um einige Beispiele zu nennen.<sup>37</sup>

Spätestens seit dem umstrittenen DGB-Aufruf zur Bundestagswahl 1953 waren die Beziehungen zwischen CDU und DGB äußerst gespannt.<sup>38</sup> Die Parole „Für einen besseren Bundestag“ wurde als schwerer Verstoß gegen die satzungsmäßige Verpflichtung des DGB zur parteipolitischen Neutralität betrachtet. Nach der so erfolgreichen Wahl suchten CDU-Sozialausschüsse, KAB und Evangelische Arbeiterbewegung mit ihren „Reformvorschlägen“, die sie am 17. September 1953 übermittelten, den DGB auf diese Neutralität zu verpflichten. Doch die Gewerkschaften reagierten darauf mit Empörung. Ihre scharfe Reaktion blieb nicht ohne Eindruck auf die CDU-Sozialausschüsse, deren Vertreter, Jakob Kaiser und Karl Arnold, stets die Hoffnung hegten, in Verhandlungen mit dem DGB die gespannte Lage entkrampfen und einen *modus vivendi* finden zu können. Für beide war – hier zeigte sich die nachhaltige Wirkung der Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 – der Erhalt der Einheitsgewerkschaft oberstes Gebot<sup>39</sup>; sie zuckten deshalb aufgrund der wütenden DGB-Reaktion vor harter Konfrontation zurück. Weder von dieser Maxime noch vom Glauben an die Einsichtsfähigkeit des DGB, von dem vor allem Kaiser geleitet war<sup>40</sup>, ließen sich dagegen die KAB-Vertreter Bernhard Winkelheide und Johannes Even beeindrucken. Sie zweifelten an einem nachhaltigen Erfolg von Gesprächen und plädierten immer lauter für die Gründung christlicher Gewerkschaften.<sup>41</sup> Durch den Versuch von Viktor Agartz auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß von 1954, den DGB auf einen radikal-sozialistischen Kurs einzuschwören, sahen sie sich in ihrer Skepsis bestätigt. Die Entschließung gegen jeden Wehrbeitrag, die dieser Bundeskongreß außerdem noch verabschiedete, verhärtete die Fronten zusätzlich. Während die Sozialausschüsse und die Christlich-soziale Kollegenschaft, eine auf ihre Eigenständigkeit bedachte Fraktion Christlich-Sozialer im DGB, trotz dieser Entwicklung daran festhielten, innerhalb der Gewerkschaften ihren Einfluß mäßigend zur Geltung bringen zu wollen, stellte die KAB die Weichen auf Gründung der Christlichen Gewerkschaften, die am 30. Oktober 1955 erfolgte.

Diese offenkundigen Risse im christlich-sozialen Lager blieben nicht ohne Auswirkung auf die Diskussionen und das Verhalten des CDU-Vorstands; bereits in

36 Dazu REPGEN: Konkordatsstreit.

37 Vgl. dazu die kritischen Äußerungen von Meyers in seiner Analyse der Kommunalwahlen vom November 1956 in Nr. 17 S. 1134ff., hier S. 1140–1144.

38 Dazu GUNDELACH S. 152–159; vgl. die Äußerungen Adenauers in Nr. 1 S. 11–13.

39 Vgl. Nr. 1 S. 42f., 55f.; Nr. 10 S. 698–702.

40 „Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist nicht so schlecht“ (Nr. 7 S. 470ff.).

41 Vgl. Nr. 1 S. 48, 56; Nr. 10 S. 702. Vgl. GUNDELACH S. 137 Anm. 48.

der ersten Sitzung nach der Wahl 1953 sprach Josef Arndgen von „Disharmonien“ zwischen Kaiser und KAB<sup>42</sup> und empfahl deshalb dem Bundesvorstand Zurückhaltung. Wie schwierig für die CDU diese Situation tatsächlich war, faßte Wilhelm Johnen knapp und präzise am 10. November 1955 zusammen: „Wir haben die Einheitsgewerkschaft und die Christlichen Gewerkschaften. Und was tun wir als Partei? Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Arnold) spricht für die Einheitsgewerkschaft, und der Landtagspräsident des gleichen Landes (Gockeln) spricht für die Christlichen Gewerkschaften! ... Und wir als Partei laufen Gefahr, bei dieser Sache zermalmt zu werden.“<sup>43</sup> Ergebnis der Aussprache war, daß der Vorstand zu dieser Frage keine Stellung bezog<sup>44</sup> und „strikte Neutralität“ wahrte, es aber – wie Adenauer – begrüßte, daß dem DGB „eine sehr heilsame Lektion erteilt worden“ war<sup>45</sup>. Die erheblichen Spannungen, die bis zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zwischen CDU und DGB belastet hatten, flauten nach der CGB-Gründung – bis auf kurze Ausschläge bei Wehrgesetzgebung und Atomdebatte – spürbar ab.

Einen wesentlichen Anteil am Meinungstief des Jahres 1956 hatten – neben den, wie Adenauer und der überwiegende Teil der Vorstandsmitglieder in regelmäßigen Abständen klagten, ihnen überwiegend übelwollenden Medien<sup>46</sup> – auch die seit der Regierungsbildung andauernden koalitionsinternen Kräche zwischen den Koalitionsparteien CDU, CSU, FDP, DP und BHE, deren zum Teil gegensätzliche Interessen immer wieder für neuen Zündstoff sorgten.<sup>47</sup> Der CDU-Bundesvorstand hatte in seiner ersten Sitzung nach der Bundestagswahl die Weichen für diese breite Koalition gestellt, weil sie die notwendige Zweidrittelmehrheit sicherte, die zur Änderung des Grundgesetzes für die Aufnahme der Wehrverfassung erforderlich war. Aber Risse und Gegensätze im Koalitionsgebälk wurden schon sehr bald sichtbar und brachen nicht erst in der kritischen Phase der Wiederbewaffnungsentscheidungen seit Frühjahr 1955 auf. Bis Ende 1956 ziehen sich die Auseinandersetzungen in Koalition, Kabinett und Union wie ein roter Faden durch die Diskussionen des CDU-Bundesvorstands. Die Debatten, die sich zum Teil in hitzigen, persönlich-gefärbten Wortwechseln entluden, offenbaren die erheblichen Spannungen innerhalb einer Koalition, die mehr als einmal am Rand des Auseinanderbrechens stand.<sup>48</sup> Erst die nahende Bundestagswahl

---

42 Nr. 1 S. 48.

43 Nr. 10 S. 702f.

44 Nr. 10 S. 708f.

45 Nr. 11 S. 723.

46 Z.B. „Jeder bessere Journalist hält sich für fortschrittlich, und eine christliche Partei, die das Wort ‚christlich‘ in ihrem Namen führt, gilt als nicht fortschrittlich“ (Nr. 5 S. 279); „Das Bild der deutschen Presse und ihre Verantwortungslosigkeit sind einfach katastrophal“ (S. 276f.). Ähnliche Äußerungen durchziehen die Protokolle wie ein roter Faden (vgl. Nr. 4 S. 235f.; Nr. 5 S. 267; Nr. 18 S. 1185; Nr. 20 S. 1259 usw.). Dazu auch Hanns Jürgen Küsters: Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen. In: Konrad Adenauer und die Presse. Hrsg. von Karl-Günther von Hase. Bonn 1988 S. 13–31.

47 Vgl. im Überblick SCHWARZ 1 S. 229–232.

48 Vgl. z.B. Nr. 15 S. 934, 943, 945, 961; Nr. 16 S. 1047–1056; Nr. 17 S. 1120–1134 usw.

1957 und der von diesem Termin ausgehende Druck zwangen zu Geschlossenheit und gegenseitiger Rücksichtnahme; das engere Zusammenrücken 1957 wurde nicht unwesentlich dadurch erleichtert, daß große Teile zweier Regierungsparteien, des BHE und der FDP, sich spalteten und zur Opposition abwanderten.

Der BHE spaltete sich am 11. Juli 1955. Auslöser waren das von einem Teil der Partei abgelehnte Saarabkommen sowie wirtschaftspolitische Forderungen, die den Konflikt mit der CDU/CSU unausweichlich machten. Acht Mitglieder des BHE unter Führung der beiden Minister Kraft und Oberländer traten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Hospitanten bei. Während noch in der ersten Sitzung nach den Wahlen intensiv über die Zweckmäßigkeit einer Aufnahme des BHE in die Regierungskoalition beraten und wegen der Wiederbewaffnung, die eine Änderung des Grundgesetzes mit Zweidrittelmehrheit notwendig machte, als sinnvoll erachtet worden war<sup>49</sup>, löste die Mitteilung vom Auseinanderfallen der Gruppe im Bundesvorstand keine Diskussion mehr aus<sup>50</sup>. Auf der Länderebene sah dies dort etwas anders aus, wo der BHE für Übernahme und Erhalt der Regierungsmacht unabdingbar war. Auch um die Bundesratsmehrheit zu sichern, plädierte Adenauer meist auf schonende Behandlung.<sup>51</sup> Er tat dies auch in der letzten Sitzung vor den Wahlen 1957 und empfahl Wahlabsprachen zwischen den Unionsparteien und dem Block, traf damit aber auf so wenig Gegenliebe, daß er es vorzog, eine entsprechende Empfehlung gar nicht erst zur Abstimmung zu stellen.<sup>52</sup>

Wesentlich problematischer und vielschichtiger gestaltete sich das Verhältnis zur FDP, mit der es von Anfang an Reibungen gab. Trotz dieser Schwierigkeiten war Adenauer stets daran gelegen, auch in den Ländern Koalitionen mit der FDP herzustellen und zu pflegen, um so die Koalition im Bund zu stabilisieren – so auch 1954 in Nordrhein-Westfalen, wo Arnold lieber eine Koalition mit der SPD eingegangen wäre.<sup>53</sup> Mit dem liberalen Flügel gab es Probleme im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich sowie in der Schulfrage, mit dem nationalen in der Deutschland- und Europapolitik, wobei besonders die von Adenauer erstrebte Lösung der Saarfrage die Beziehungen bis zum Zerreißen belastete. Dazu kamen die immer häufiger werdenden Ausfälle des FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler gegen den Bundeskanzler wie gegen die beiden Unionsparteien, so daß die parteipolitische Situation und die Lage der Koalition mehrfach auf der Tagesordnung der Beratungen des CDU-Vorstands stand. Die Pläne einer Wahlrechtsreform, die der FDP mittelfristig den Garaus bereitet hätte, brachten schließlich Anfang 1956 die Koalition sowohl im Bund

---

49 Nr. 1 S. 16–29.

50 Nr. 9 S. 648f.

51 Vgl. Nr. 7 S. 458–466; Nr. 20 S. 1284.

52 Vgl. Nr. 20 S. 1264, 1278–1285.

53 Vgl. Adenauers Versuch vor den Landtagswahlen, eine Koalition mit der FDP vorzubereiten, in Nr. 3 S. 148–151, 160–183. Vgl. auch Nr. 12 S. 826: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit Rücksicht auf die Bundes-CDU und die Bundesaußenpolitik – allerdings gegen erheblichen Widerstand in unserer eigenen Partei – eine Koalition mit der FDP gehabt.“

wie in Nordrhein-Westfalen zum Platzen. Die FDP-Jungtürken in Düsseldorf stürzten Arnold und wechselten zur SPD. Durch den Regierungswechsel verlor die Union nicht nur die Macht im bevölkerungsreichsten Bundesland, es verschob sich auch das Kräfteverhältnis im Bundesrat. Zwei Vorstandssitzungen innerhalb kürzester Zeit, am 24. Februar und am 10. März 1956 – ein noch nie dagewesener Tagungsrythmus –, signalisierten, wie ernst die CDU-Spitze diese neue Lage beurteilte. Zwar hoffte man nach dem Auszug des „Ministerflügels“ aus der FDP auf eine Konsolidierung der alsbald geschaffenen FVP und auf eine Stabilisierung der Koalition auf Dauer; die Hoffnung auf die neue Partei erwies sich jedoch bald als trügerisch. Adenauers Führungsqualitäten wurden in Zweifel gezogen; seine Popularität schmolz rapide dahin.

Schon im September 1955 hatte er offenbar gespürt, welche negative Auswirkungen der ständige, meist auch öffentlich ausgetragene Koalitionszwist auf das Ansehen der Regierung haben mußte. Nur so ist sein Versuch zu erklären, wenigstens innerhalb der Unionsparteien ein erträgliches Klima zu schaffen. In einem Schreiben vom 19. September 1955 an den Vorsitzenden der CSU, Hanns Seidel, an Franz Josef Strauß als den Vertreter der CSU-Landesgruppe im Bundestag, an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, sowie an seine Vertreter in der CDU-Führungsrunde, Jakob Kaiser und Robert Tillmanns, regte er eine bessere Zusammenarbeit an: „In den letzten Monaten haben verschiedene Vorgänge zu Spannungen innerhalb des Kabinetts und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU geführt. Diese Spannungen dienen weder der Geschlossenheit der Regierungspolitik, noch liegen sie im Interesse der beiden Parteien. Ich würde es begrüßen, wenn sie durch eine offene Aussprache geklärt werden könnten ...“<sup>54</sup> Gradl sprach Mitte 1956 von einem „scheußlichen Schauspiel ... mit dem Gegeneinander von Parteifreunden“<sup>55</sup>, und auch Adenauer erinnerte immer wieder daran – meist jedoch ohne nachhaltigen Effekt, „daß nichts mehr Mut dem Gegner gibt und daß nichts unsere eigenen Anhänger so enttäuscht, als wenn bei uns in wichtigen Fragen Differenzen auftreten“<sup>56</sup>. Schließlich ließ er gegen Ende der Legislaturperiode, im Gefühl eigener Stärke und vor dem Hintergrund einiger Äußerungen von führenden Parteimitgliedern, die „in direktem Gegensatz zu unserer Auffassung stehen“, einen Beschluß fassen, „daß alle Mitglieder der Partei aufgefordert werden, in kritischen Angelegenheiten Parteidisziplin zu wahren“.<sup>57</sup>

Einer der heftigsten Streitpunkte innerhalb der Union war die 1953 angekündigte große Steuerreform, die ein „Paradestück“ der Regierungsarbeit werden sollte.<sup>58</sup> Sie sollte die Hypotheken aus der Gesetzgebung des Zweiten Weltkrieges und der

---

54 ACDP VII-002-279.

55 Nr. 15 S. 952.

56 Nr. 18 S. 1189.

57 Nr. 20 S. 1292f.

58 Vgl. Nr. 3 S. 151.

Besatzungszeit mit ihren drastischen Steuererhöhungen abbauen und das Verbot der Abschreibung der Kriegsfolgelasten aufheben. Ziele waren u.a. die Senkung des Einkommensteuertarifs, Ermäßigung des Höchstsatzes der Einkommensteuer von ursprünglich 90 % auf 55 %, Verringerung des Hauptsatzes der Körperschaftsteuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne von 60 % auf 45 %, Senkung der Verbrauchsteuern usw. Naturgemäß berührten derartige Vorstellungen auch den Bund-Länder-Finanzausgleich, der neu geregelt werden mußte.

Zielscheibe der Kritik wurde mehr und mehr Bundesfinanzminister Schäffer – nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der CDU. Da er der CSU angehörte, war Streit zwischen den beiden Schwesterparteien programmiert. Im Kreuzfeuer der Schäfferschen Steuer- und Haushaltspolitik standen seine so manchem Parteigenossen altfränkisch anmutenden Vorstellungen von strikter Sparsamkeit, solider Finanzierung und stabiler Währung. Er unterschätzte dabei die durch das „Wirtschaftswunder“ bedingten Zuwachsraten des Steueraufkommens, die 1956 weit über denen des Sozialprodukts lagen. Schon 1955 hatten sich an Rückstellungen und Ausgaberesten 6,5 Milliarden DM angesammelt, die bis Oktober 1956 auf 7,2 Milliarden weiter anstiegen. Schäffer versuchte sowohl 1955 wie 1956, diese Rücklagen durch eine Milliardenakrobatik in ein künstliches Defizit zu verwandeln, in der wohlmeinenden Absicht, damit eine Vielzahl von kriegsbedingten Sonderbelastungen abzutragen, die zu erwartenden Aufbaulasten der Bundeswehr sowie die alliierten Stationierungskosten zu finanzieren und gleichzeitig in der sich abzeichnenden Überhitzung der Konjunktur die Währungsstabilität zu wahren.

Die CDU und ihr Vorsitzender folgten nur kurze Zeit dem von ihm gewiesenen Weg. Schon im Frühjahr 1954, kurz nachdem Schäffer die Gesetzentwürfe zur Finanz- und Steuerreform vorgelegt und damit einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte, kamen – wenn auch noch verhalten – die Differenzen im Bundesvorstand zur Sprache.<sup>59</sup> Einen offenen Schlagabtausch gab es in der Sitzung vom 11. Oktober 1954, die unmittelbar dem CSU-Parteitag in Nürnberg folgte, auf dem Schäffer und Strauß heftige Attacken gegen FDP und BHE geritten hatten. Adenauer, der größten Wert auf ein erträgliches Koalitionsklima legte und – auch im Hinblick auf die Verhältnisse in den Ländern und im Bundesrat – größtmögliche Schonung der Koalitionspartner verlangte, ging Schäffer – auch wegen dessen unzureichender Informationspolitik gegenüber Regierung und Fraktion – hart an. Vor dem Hintergrund eines Schreibens von Strauß, der mit dem Auszug der CSU-Bundesminister, also mit dem Bruch der Koalition, gedroht hatte, kam es zu einem überaus heftigen Wortwechsel mit Schäffer, in dem in aller Schärfe die gegensätzlichen Auffassungen ausgebreitet wurden.<sup>60</sup> Die erhitzten Gemüter konnten nur mit Mühe beruhigt werden. Während sich Schäffer in diesen Diskussionen als der Protagonist einer zu Ende gehenden finanzpolitischen Ära erwies, in der dem

<sup>59</sup> Vgl. die Ausführungen von Strickrodt und Schäffer in Nr. 3 S. 205–229.

<sup>60</sup> Vgl. Nr. 5 S. 292, 309, 311f.

Staat nicht mehr Steuern als nötig zufließen und die Bürger im Vertrauen auf die eigenen Leistung in ihrem Selbsthilfewillen gestärkt werden sollten, verlangte die Gegenseite noch stärkere Steuersenkungen und Mehrausgaben für Subventionen und Sozialleistungen; sie setzte sich schließlich gegen Schäffer durch, und 1956 begann die Arbeit des sogenannten Kuchen-Ausschusses, der die Rücklagen an möglichst viele verteilte. Verbunden mit der Rentenreform trugen seine Wohltaten entscheidend zum Wahlerfolg der Union 1957 bei.<sup>61</sup>

War die Steuerreform als das „Paradestück“ der Regierung gedacht, so sollte die Sozialreform die CDU-Arbeit „in gewisser Hinsicht krönen“.<sup>62</sup> Das vorhandene Flickwerk, das – aufbauend auf den Entwicklungen seit der Bismarck-Zeit – zur Behebung akuter Not, zur „Heilung der Kriegsschäden“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden war, sollte durch eine umfassende Sozialleistungsreform ersetzt werden. Obwohl immer wieder angemahnt und angekündigt, verhinderten Rivalitäten der einzelnen Ressorts sowie unterschiedliche Zielvorstellungen bis 1955 die Vorlage eines Gesamtkonzepts. Erst im April 1955 legte Arbeitsminister Storch eine Ausarbeitung vor mit dem Titel „Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen“. Und wenige Wochen später präsentierte Adenauer mit der sogenannten Rothenfelser Denkschrift ein umfangreiches Professoren-Gutachten, das „auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet“ worden war<sup>63</sup>, wie es auf dem Titelblatt hieß. Während Storchs Konzept heftige Kritik in der Öffentlichkeit erfuhr, war die Aufnahme der Professoren-Schrift insgesamt recht freundlich. Trotzdem kam das Reformvorhaben nicht recht vom Fleck, da beide Denkschriften sich in wesentlichen Punkten gegenseitig blockierten.

Der Durchbruch gelang erst, nachdem ein Mitte 1955 konstituierter CDU-Arbeitskreis für die Sozialreform seine grundsätzlichen Entscheidungen getroffen hatte.<sup>64</sup> Sie entsprachen den Ideen von Wilfried Schreiber, die Adenauer während seines Urlaubs im Juli/August 1955<sup>65</sup> kennengelernt und in der Sitzung des sogenannten Sozialkabinetts im Dezember 1955 zur Diskussion gestellt hatte. Aus den vielfältigen Themenkomplexen einer umfassend angelegten Sozialreform kristallisierte sich in der CDU-Vorstandssitzung vom 13. Januar 1956 vor allem der bereits im Arbeitskreis einmütig abgehandelte Bereich der Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität als vordringliches Gesetzesvorhaben heraus, während die übrigen Teile aus den verschiedensten Gründen in den Hintergrund traten bzw. bewußt zurückgestellt

---

61 Vgl. SCHWARZ 1 S. 325f.; MORSEY: Bundesrepublik S. 65–68. – Zum herausragenden Stellenwert der Rentenreform in den Umfragen vgl. Die Altersrentner nach 1957. Bericht über eine Trendbeobachtung des Instituts für Demoskopie Allensbach. In: Bundesarbeitsblatt 11 (1960) S. 66.

62 Nr. 8 S. 513; vgl. dazu die Arbeiten von Hans Günter HOCKERTS.

63 Dazu Nr. 8 S. 512; HOCKERTS: Adenauer und die Rentenreform S. 17.

64 Zu seiner Zusammensetzung vgl. Nr. 11 S. 736; Bericht über die Vorstellungen des Arbeitskreises S. 736–745.

65 Vgl. S. 609 Anm. 28.

wurden; der ursprüngliche Plan eines umfassenden Sozialprogramms engte sich von nun an mehr und mehr auf eine Neuordnung der Rentenversicherung, auf die „dynamische Rente“, ein.<sup>66</sup> Von einigen Details abgesehen, war mit der Vorlage dieses Berichts die Diskussion im Vorstand abgeschlossen und die Entscheidung gefallen – auch für den Bundesparteitag im April 1956, auf dem die „Reform der sozialen Leistungen“ Thema eines Arbeitskreises war.<sup>67</sup> Erbitterten Streit – wie etwa bei Steuerreform oder Saarfrage – hat es im Kontext dieses großen Gesetzeswerks im CDU-Vorstand nicht gegeben, auch wenn am 20. September 1956 noch einmal Kritik laut wurde<sup>68</sup>; man überließ dies den Spezialisten – ein bemerkenswerter Tatbestand angesichts der Auseinandersetzungen, die zwischen den Ressorts, innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, FVP und FDP, DP, DGB und Angestelltengewerkschaft auf diesem Feld ausgetragen wurden.

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Rentenreform den Ausgang der Bundestagswahl von 1957 für die CDU erheblich beeinflußt hat, entkräftete sie doch nachhaltig den wiederholt vorgetragenen Vorwurf der SPD an die Adresse von CDU und Regierung, stets die Begüterten zu bevorzugen und die Armen zu vernachlässigen, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen.

Das Inkrafttreten der Reform, das insgesamt gegenüber den Vorjahren ruhigere Koalitionsklimate, die Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn durch die Rote Armee usw. ließen Adenauer, die Regierung und die Union in rosigerem Licht erscheinen und die während des ganzen Jahres 1956 in permanentem Tief befindlichen demoskopischen Zahlen seit Dezember 1956 ansteigen. Noch im September hatte Gerstenmaier „das Absinken unserer Stimmen“ beklagt.<sup>69</sup> Als eine der Ursachen galt das wochenlange Hin und Her über die Wehrdienstdauer, aber auch über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Die „Umrüstung“, ein Begriff, den die SPD bei der Auseinandersetzung um den Radford-Plan in die Debatte geworfen hatte, beunruhigte die Öffentlichkeit so sehr, daß im Vorstand die Sprachregelung gefordert wurde, der Verunsicherung gegenzusteuern und statt dessen den Begriff der „Modernisierung“ zu verwenden.<sup>70</sup>

Seit Anfang 1957 wurde das Meinungsklima positiver – sicher auch ein Verdienst des Ende Juni 1956 zum Bundespressechef wiederberufenen Felix von Eckardt. Das Bild verdüsterte sich im Frühjahr 1957 noch einmal für kurze Zeit, als führende Atomphysiker und der hochgeachtete Albert Schweitzer gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr und Atomwaffenversuche zu Felde zogen. Die Öffentlichkeit reagierte betroffen. Adenauer, der zunächst etwas vorschnell den Primat der Politik herausgestellt hatte, entzog der heftigen Diskussion den Boden, indem er sich mit den

---

66 Vgl. Nr. 11 S. 741, 747.

67 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 91–104, 143–147, 198f.

68 Vgl. Nr. 16 S. 1057.

69 Nr. 16 S. 1071.

70 Nr. 16 S. 1074.

Wissenschaftlern traf und auf dem Hamburger Parteitag vom 11. bis 15. Mai 1957 der breiten Öffentlichkeit mit einem Vortrag des parteiunabhängigen evangelischen Theologen Professor Thieliicke die Sensibilität der CDU in dieser so schwierigen Frage vorführte.<sup>71</sup> Diese Taktik ging auf, zumal das brutale Vorgehen der Sowjetunion in Ungarn die Richtigkeit der Wiederbewaffnung und der Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im NATO-Bündnis eindrucksvoll untermauert hatte. Wenn also, wie Ungarn zeigte, Adenauers Politik überzeugte, so war das verteidigungspolitische Konzept der SPD damit diskreditiert. Schon am 26. April 1954 hatte Adenauer die SPD – wie in allen Sitzungen des Vorstands – hart angegangen und ihr vorgeworfen, ihre Politik würde „für Deutschland nach unserer Überzeugung das Ende bedeuten“.<sup>72</sup> Hier war – wie in ähnlichen Äußerungen in diesem Gremium – vorformuliert, was er am 7. Juli 1957 im Bundestagswahlkampf öffentlich erklärte: „Wir glauben, daß mit dem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist.“<sup>73</sup> Diese Aussage, an der sich die SPD bis zum Wahltag rieb<sup>74</sup>, ist bisweilen als gerissene Wahlkampf­taktik abgetan worden. Die Protokolle weisen hingegen aus, daß dieser Satz weder spontan noch die Provokation kühl kalkulierend ausgesprochen wurde, sondern vielmehr der immer wieder geäußerten tiefen Sorge um neutralistische Tendenzen in der SPD und deren Wegbereiterfunktion für eine sowjetische Hegemonie über Mittel- und Westeuropa entsprang.

Nach den überstandenen Turbulenzen der Jahre 1954 bis 1955 und 1956 geriet die Union in eine sich positiv auswirkende politische Großwetterlage, die die Wahlaussichten in günstigem Licht erscheinen ließ. Dazu kam die geschickte Anlage des Wahlkampfes, für die vornehmlich der frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, verantwortlich zeichnete.<sup>75</sup> Im Zusammenspiel mit dem Bundesgeschäftsführer Bruno Heck, der seine auf einer längeren USA-Reise gewonnenen Erkenntnisse einbrachte, organisierte er einen außerordentlich wirkungsvollen Wahlkampf unter dem Slogan „Sicherheit, keine Experimente“<sup>76</sup>, der schließlich der CDU zusammen mit der bayerischen Schwesterpartei einen Stimmenanteil von 50,2 % einbrachte – fast 20 % mehr als die SPD.<sup>77</sup>

## 2. Der Bundesvorstand bis 1957

In einer Einleitung können nur wenige Aspekte dieser für die außen- und innenpolitische Entwicklung jener Jahre bedeutenden Quelle herausgestellt werden, die

---

71 Druck: CDU, 7. Bundesparteitag S. 100–130.

72 Nr. 3 S. 140; vgl. ähnliche Einschätzungen in Nr. 5 S. 261; Nr. 6 S. 339; Nr. 15 S. 930.

73 Dazu REPGEN: *Finis Germaniae*.

74 Zum Wahlkampf der SPD KLOTZBACH S. 388–401; KITZINGER.

75 Vgl. Nr. 17 S. 1140–1144.

76 Von Meyers schon zum ersten Mal am 23. November 1956 gebraucht und von Bach offiziell vorgeschlagen – Nr. 17 S. 1141, 1171.

77 Einzelheiten bei KITZINGER S. 66–92.

höchst aufschlußreiche Einblicke in das Innenleben der größten Regierungspartei gewährt.<sup>78</sup> Einige Stichworte mögen genügen: Parteifinanzien, Organisation, Konfessionsprobleme, programmatische Fragen, weltanschauliche Orientierung und geistige Führung, Reaktionen auf die veröffentlichte Meinung, Personalialia, Führungsstil Adenauers usw. Näher soll auf die Entwicklung des CDU-Bundesvorstands eingegangen werden.

Die Sitzungen fanden in der Regel in Bonn im Palais Schaumburg, also im Bundeskanzleramt statt, in den Einladungen meist als „Haus des Bundeskanzlers“ bezeichnet. Nur in Ausnahmefällen, z.B. als Adenauer im Herbst 1955 längere Zeit krank war, tagte das Gremium im Vorstandszimmer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wegen internationaler Konferenzen, die kurzfristig anberaumt wurden, Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter oder Regierungschefs, unvorhergesehener Kabinettsitzungen und Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages wurden die Sitzungstermine häufig verschoben oder fielen ganz aus – sehr zum Mißfallen mancher Mitglieder, die immer wieder bessere regelmäßige Information und Abstimmung der Arbeit forderten. Natürlich wurde dieses Verfahren von den führenden Parteifunktionären auch als Mißachtung oder Geringschätzung des Vorstands durch den Parteivorsitzenden bewertet. Johann Baptist Gradl brachte dies deutlich, wenn auch zurückhaltend formuliert, zum Ausdruck, als er fragte, was denn eigentlich geschehen müsse, „damit im Parteivorstand unserer Gesamtpartei zu dieser oder jener Frage Stellung bezogen wird. Wir haben uns am 11. Oktober 1954 feierlich vorgenommen, daß wir mindestens alle sechs Wochen den Vorstand zusammenrufen wollen. Inzwischen sind mindestens dreimal sechs Wochen dahingegangen!“<sup>79</sup>

Die Grundlage der Arbeit und der personellen Zusammensetzung des Bundesvorstands bildete bis 1956 das auf dem 1. Parteitag in Goslar verabschiedete Statut<sup>80</sup> mit verschiedenen Abänderungen, deren letzte auf dem 4. Bundesparteitag in Hamburg am 22. April 1953 beschlossen worden war.<sup>81</sup> 1950 war dieses zentrale Organ mit 15 bzw. – unter Einschluß der Stellvertreter und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – 26 Mitgliedern noch relativ überschaubar. Doch schon Mitte 1952 hatte sich die Meinung durchgesetzt<sup>82</sup>, zur besseren Abstimmung und Koordination der Arbeit müßten nicht nur die Vorsitzenden der Landesverbände als Gäste hinzugezogen

---

78 Den hohen Rang der Protokolle als zeitgeschichtliche Quelle betont KIESINGER (S. 449) in seinen Erinnerungen: „Ich habe mich immer darüber gewundert, wie wenig Aufmerksamkeit die meisten Darsteller der Zeitgeschichte ... den Auseinandersetzungen in den Parteigremien zugewendet haben.“

79 Nr. 6 S. 403.

80 Druck: CDU, 1. Parteitag S. 174–176.

81 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. X–XVI.

82 Sitzung vom 13. Juni 1952 – PROTOKOLLE 1 S. 120f.

werden, sondern auch ein Vertreter der CSU, ihr Parteivorsitzender oder Generalsekretär Strauß. Ebenfalls sollen die CDU-Ministerpräsidenten in die gemeinsame Willensbildung eingebunden werden; ein eindeutiger Beschluß jedoch, sie zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen, kam zu diesem Zeitpunkt noch nicht zustande. Immerhin läßt sich für Ende 1952 belegen, daß neben den Ministerpräsidenten auch mehrere Kooptierte sowie weitere Personen, wie z.B. der Bundesgeschäftsführer, der Pressesprecher der Partei oder der Staatssekretär im Kanzleramt regelmäßig an den Sitzungen teilgenommen haben.<sup>83</sup>

Diese Praxis wurde schließlich 1953 in § 9 der Satzung, der die Zusammensetzung des Vorstands regelte, weitgehend festgeschrieben:

„Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister, den Vorsitzenden der Landesverbände und 10 weiteren Mitgliedern. Für diese 10 Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, die Vorsitzenden stimmberechtigt im Vorstand zu vertreten. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.“<sup>84</sup>

Neben dem Parteivorsitzenden Adenauer und seinen beiden Stellvertretern Kaiser und Ehlers, 1952 vom Parteitag in Berlin bestätigt bzw. als Nachfolger von Friedrich Holzzapfel gewählt und 1954 in Köln erneut bestätigt<sup>85</sup>, wurden Kiesinger, Tillmanns und Wuermeling vom Bundesparteiausschuß zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern bestellt, zum Bundesschatzmeister Ernst Bach, zu den (zehn) ordentlichen Mitgliedern Albers, Bauknecht, Gradl, Frau Heiler, Majonica, Samsche, Strickrodt, Wackerzapp, Frau Weber und Zimmer, zu stellvertretenden Mitgliedern Winkelheide, Wehking, Hofmeister, Frau Praetorius, Benda, Hellwig, Heurich, Frau Röskau, Frau Pitz und Süsterhenn. Die Amtsdauer dieser Vorstandsmitglieder wurde vom Bundesparteiausschuß auf zwei Jahre bis zu einem Bundesparteitag im Jahre 1955 begrenzt.

Weitere Mitglieder waren der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Brentano, sowie die Vorsitzenden der 17 Landesverbände: Gurk (Nordbaden), Dichtel (Südbaden), Simpfendörfer (Nordwürttemberg), Müller (Württemberg-Hohenzollern), Tillmanns (Berlin), Kaiser (Exil-CDU), Kather und ab 1954 Eplée (Oder-Neiße), Barth und ab 1954 Noltenius (Bremen), Scharnberg und ab 1954 von Fisenne (Hamburg),

---

83 PROTOKOLLE 1 S. 286.

84 Druck: CDU, 4. Bundesparteitag S. 221.

85 Die Wahl der Vorsitzenden sollte alle zwei Jahre erfolgen – CDU, 2. Parteitag S. 140; nach dem Tod von Ehlers Ende 1954 wurde als sein Nachfolger Tillmanns bestellt, der aber ein Jahr später ebenfalls verstarb. Für diesen Fall hatte der 2. Parteitag vorgesehen, daß dann, wenn einer der drei Vorsitzenden während der Wahldauer aus irgendwelchen Gründen ausfallen sollte, der Parteiausschuß vorübergehend eine interimistische Berufung vornehmen kann, die bis zum nächsten Parteitag Gültigkeit hat – CDU, 2. Parteitag S. 167.

Fay (Hessen), Fricke (Braunschweig), Cillien (Hannover), Ehlers und ab 1954 Wegmann (Oldenburg), Johnen (Rheinland), Lensing (Westfalen-Lippe), Altmeier (Rheinland-Pfalz), Friedrich-Wilhelm Lübke und ab 1955 von Hassel (Schleswig-Holstein). Seit 1953 gehörten dem Vorstand also schon 45 Personen an. In der Folgezeit blieb das Statut unverändert, obwohl sich das Gremium ständig vergrößerte.<sup>86</sup>

Die weitere Expansion läßt sich an der Einladungsliste zur Sitzung vom 2. Mai 1955 ablesen, führt sie doch bereits 62 Namen auf: neben 49 ordentlichen Mitgliedern acht ständige Gäste sowie fünf weitere Gäste. Zwar reduzierte sich diese Zahl geringfügig durch Doppelfunktionen mehrerer Mitglieder; doch auch rund 55 Anwesende (sieben der Geladenen hatten abgesagt)<sup>87</sup> zuzüglich einiger wichtiger Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle lassen das gegenüber der Zahl von 1950 mehr als verdoppelte Gremium durchaus als aufgebläht erscheinen. Eine Obergrenze schien damit noch immer nicht erreicht zu sein, wie eine handschriftliche Notiz auf der Einladung zur Sitzung vom 10. November 1955 vermuten läßt, die wohl an 80 Personen verschickt worden ist.<sup>88</sup>

Mit dem Statut von 1956<sup>89</sup> und dem neugefaßten § 9 änderte sich die Zahl der Bundesvorstands-Mitglieder erneut. Der Kreis wurde klarer umschrieben und damit etwas eingegrenzt – sicher ein Ergebnis der auch von Adenauer immer wieder geforderten „Straffung der Parteiorganisation“ und Effektivierung der Arbeit an der Parteispitze<sup>90</sup>:

„Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern,
- d) dem Bundesschatzmeister,
- e) dem Bundesgeschäftsführer,
- f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
- g) dem Bundestagspräsidenten, wenn er der CDU angehört,
- h) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen<sup>91</sup>,

---

86 So wurde z.B. Bruno Heck, der Bundesgeschäftsführer, am 19. Januar 1954 kooptiert – vgl. Nr. 2 S. 75.

87 Aktenvermerk vom 29. April 1955 – ACDP VII-001-024.

88 ACDP VII-001-024.

89 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 208–212.

90 So Adenauer im sog. Mittwochskreis am 2. Februar 1955 –Tillmanns an Adenauer vom 3. Februar 1955 in ACDP VII-002-262. Der „Mittwochskreis“, der (nach einem Vermerk von Ende 1955 – ACDP VII-002-279) regelmäßig tagen sollte, setzte sich zusammen aus dem Parteivorsitzenden und seinen Stellvertretern, dem Bundesgeschäftsführer und seinem Stellvertreter, den Pressesprechern von Partei und Fraktion sowie einigen sonstigen Mitgliedern, die im einzelnen bestimmt wurden; vgl. auch Nr. 2 Anm. 15).

91 Als besondere Vertretungen galten die Landesverbände Oder-Neiße und Exil-CDU für jene Gebietsteile Deutschlands, „in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können“ (§ 2).

- i) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU<sup>92</sup>,
- k) 10 weiteren Mitgliedern.

Die CDU-Regierungschefs und -Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.<sup>93</sup> Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen.

Der Vorstand kann bis zu drei Mitglieder kooptieren.“

Mit den in § 9 unter a) bis k) genannten Personen bzw. Personengruppen war die Zahl der Vorstandsmitglieder auf 47 festgeschrieben; sie reduzierte sich durch die Zahl derer, die mehrere Funktionen innehatten, wie z.B. Kaiser, der stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei, Vorsitzender der Exil-CDU und der Sozialausschüsse war. Neu war vor allem der unter a) bis g) aufgeführte sogenannte geschäftsführende Vorstand, der die laufenden Geschäfte zwischen den Vollsitzungen zu erledigen hatte.<sup>94</sup> Was jetzt statutenmäßig festgeschrieben war, bedeutete allerdings nur die Sanktion eines bestehenden Zustands; denn in der Praxis hatte sich dieses Gremium längst so formiert.

Im einzelnen setzte sich der Bundesvorstand nach dem Bundesparteitag von Stuttgart wie folgt zusammen: Vorsitzender: Adenauer; stellvertretende Vorsitzende: Arnold, Gerstenmaier, von Hassel, Kaiser; drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder (vom Bundesausschuß am 16. Mai 1956 gewählt)<sup>95</sup>: Kiesinger, Meyers, Schröder; Bundesschatzmeister: Bach; Bundesgeschäftsführer: Heck; Vorsitzender und Stellvertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Krone, Cillien; Bundestagspräsident: Gerstenmaier; Vorsitzende der CDU-Landesverbände: Adorno (Württemberg-Hohenzollern), Altmeier (Rheinland-Pfalz), Cillien (Hannover), Dichtel (Südbaden), Eplée (Oder-Neiße), Fay (Hessen), Fricke (Braunschweig), Gurk (Nordbaden), von Hassel (Schleswig-Holstein), Johnen (Rheinland), Kaiser (Exil-CDU), Lemmer (Berlin), Lensing (Westfalen), Ney (Saar), Noltenius (Bremen), Scharnberg (Hamburg), Simpfendorfer (Nordwürttemberg), Wegmann (Oldenburg); Vereinigungen: Schuckert und Weber (Frauen), Stoltenberg (Junge Union), Bitter (Kommunalpolitische Vereinigung), Kaiser (Sozialausschüsse), Schmücker (Mittelstandsausschüsse); zehn weitere Mitglieder (vom Bundesparteiausschuß am 16. Mai 1956 gewählt): Albers, Bauknecht, Brauksiepe, Gradl, Hellwig, Lenz, Lindrath, Osterloh, Rehling, Zimmer; CDU-Ministerpräsidenten: Altmeier, von Hassel, Müller, Ney, Sieveking; CDU-Bundesminister:

---

92 Vereinigungen innerhalb der CDU waren damals (§ 12) Frauenausschüsse (die Frauenvereinigung wurde erst am 25. November 1956 ins Leben gerufen), Junge Union, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung sowie der am 27. April 1956 in Stuttgart offiziell gegründete „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU“.

93 Protokolle von Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands existieren nicht.

94 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 210ff.

95 ACDP VII-001-020/8.

von Brentano, Erhard, Kaiser, Lemmer, Lübke, Oberländer, Schröder, Storch, Wuermeling. Es handelte sich also um rund 60 Personen.

Von den Vorstandsmitgliedern des Jahres 1953 waren 1956 nur 20 übriggeblieben (die CDU-Ministerpräsidenten und -Bundesminister sind jeweils nicht berücksichtigt). Daß diese erstaunlich hohe Fluktuation nicht unbedingt mit einer Verjüngung einherging, zeigt ein Blick auf das Durchschnittsalter, das sich von knapp 54 Jahren auf knapp 55 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> erhöht hatte, ohne daß die Diskussionen und strittigen Auseinandersetzungen weniger lebhaft geworden wären oder die Dynamik der politischen Entscheidungsprozesse sich verlangsamt hätte.

Auch in anderer Hinsicht hatte sich mit dem Vorstand von 1956 eine Verschiebung gegenüber dem vorigen Zustand ergeben, der verschiedentlich beklagt worden war: die personelle Verflechtung von Partei und Fraktion an der Parteispitze und die als dominierend empfundene Rolle der Fraktion.<sup>96</sup> Die Partei werde „vor vollendete Tatsachen“ gestellt, so lautete hin und wieder die Klage: notwendig sei eine „engere Arbeit zwischen der Bundespartei und der Bundestagsfraktion“.<sup>97</sup> Bezeichnenderweise wurde in der Sitzung, in der Adenauer wegen Krankheit abwesend war, auch die Frage gestellt: „Hat die Partei noch eine autonome Parteiführung, oder ist die Parteiführung die des Kabinetts und der Fraktion? Die Partei muß in ihren Entscheidungen frei sein.“<sup>98</sup>

Gradl gab damit einer in der CDU durchaus verbreiteten Sorge Ausdruck, die Partei könne zu sehr in den Schatten der legislativen und exekutiven Gremien geraten und im Kompromiß-Alltag des Regierens ihr Gesicht verlieren. Adenauer hingegen ging es stets darum, ein Auseinandergehen von Partei und Regierung nach Möglichkeit zu verhindern. Er wies der Bundestagsfraktion eine „wichtigere Rolle“ zu als dem Parteivorstand, „weil sie ja doch den Gesetzen ... viel nähersteht als im Durchschnitt ein Mitglied des Parteivorstandes“.<sup>99</sup> Dies galt aber nicht für jeden Fall: Als die Frage anstand, welches Gremium Stellung zum Sturz Arnolds und zur Spaltung der FDP beziehen sollte, Partei oder Bundestagsfraktion, führte er unter dem Beifall der Mitglieder aus: „Das oberste Organ ist die Partei und nicht irgendeine Fraktion, sei es des Bundes oder eines Landes.“<sup>100</sup> Seine Sorge und sein Bestreben war, stets Diskrepanzen zwischen den Forderungen der Regierungspartei, der Fraktion und den Möglichkeiten einer Regierung im Keim zu ersticken; denn solche Diskrepanzen mußten notwendigerweise dazu führen, sowohl die Handlungsfähigkeit der Regierung wie die Glaubwürdigkeit der Partei zu beeinträchtigen – mit der Konsequenz, die Wähler abzustoßen und Wahlen zu verlieren. Tatsächlich war die an die Wand gemalte

---

<sup>96</sup> Eine systematische Untersuchung der Beziehungen zwischen Fraktion und Partei ist nach wie vor ein Desiderat (vgl. BUCHHAAS: Die Volkspartei S. 180–182).

<sup>97</sup> Nr. 6 S. 387.

<sup>98</sup> Nr. 10 S. 692.

<sup>99</sup> Nr. 8 S. 567.

100 Nr. 12 S. 829.

Gefahr einer dominierenden gouvernementalen Sichtweise im Bundesvorstand und einer politischen Bevormundung durch das Kabinett nicht allzu groß, da die Regierungsmitglieder zahlenmäßig immer in der Minorität verblieben und – wie Saardebatte oder Steuerreform- und Rentenreformdiskussion zeigen – untereinander keinesfalls immer einer Meinung waren.

Mit der Zusammensetzung des neuen geschäftsführenden Vorstands war wenigstens erreicht, daß von seinen zehn Mitgliedern nicht mehr alle, sondern nur noch sechs im Bundestag saßen, während vorher alle Vorsitzenden und geschäftsführenden Vorsitzenden stets auch der Bundestagsfraktion angehört hatten. Faktisch machte sich diese Veränderung aber nicht bemerkbar; der dominierende Einfluß der größten Regierungsfraktion in der Parteispitze auf die politischen Leitlinien und auf den Gesetzgebungsprozeß blieb auch weiterhin bestehen.<sup>101</sup>

Die Statutenänderung von 1956 war bereits 1951 in einem Parteitagbeschuß gefordert worden und hätte bis zum nächsten Parteitag vollzogen sein sollen<sup>102</sup>; Ende 1953 wies der Bundesgeschäftsführer in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden darauf hin, diese Aufgabe müsse endlich in Angriff genommen werden<sup>103</sup>. Die Vorarbeiten an einem neuen Parteistatut aber stellten sich als außerordentlich schwierig heraus und zogen sich bis ins Jahr 1955 hin. Am 3. Juni 1955 berichtete der Bundesgeschäftsführer erstmals ausführlich über den Stand der Arbeit<sup>104</sup> der am 28. Januar 1954 eingesetzten Satzungscommission und legte einen Entwurf vor, der sogleich auf heftige Kritik stieß. Eine überarbeitete Fassung wurde am 22. September 1955 von den Landesvorsitzenden verabschiedet und in der Vorstandssitzung vom 10. November 1955 beraten.<sup>105</sup>

Die kontroversen Diskussionen in beiden Sitzungen erklären, warum die Partei sich bei der Formulierung der neuen Satzung so schwer tat. Denn trotz der erst sechsjährigen Geschichte hatten sich die Machtstrukturen in der jungen Bundespartei bereits verfestigt, so daß jede auch noch so unwesentliche Veränderung der innerparteilichen Gewichte auf den erbitterten Widerstand jener stieß, die Einbußen zu befürchten hatten. Aber auch weiterreichende Aspekte jenseits der inneren Partearithmetik spielten eine Rolle bei den Auseinandersetzungen. Als besonders diffizil stellte sich z.B. die Behandlung der besonderen Vertretungen heraus, der Exil-CDU und der CDU der Gebiete jenseits der Oder/Neiße-Linie, die in Goslar ein erhebliches Gewicht erhalten hatten; damals sollte ein politisches Signal gesetzt werden. Allein die Exil-CDU hatte auf dem Parteitag von 1950 mit 96 Vertretern 17,7 % der Delegierten gestellt, während der große Landesverband Rheinland als die aktivste Mitgliederorganisation nur auf

---

101 Vgl. Jürgen DOMES: Bundesregierung und Mehrheitsfraktion. Aspekte der Verhältnisse der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln und Opladen 1964.

102 Druck: CDU, 2. Parteitag S. 167.

103 Heck an Adenauer vom 26. November 1953 – ACDP VII-002-262.

104 Nr. 8 S. 532–539.

105 Nr. 10 S. 676–697.

15,6 % kam. Die Exil-CDU verstand und versteht sich nicht als die Organisation der Sowjetzonenflüchtlinge in der Bundesrepublik, sondern als die letzte legale Vertretung der CDU-Mitglieder der SBZ, deren Landesvorstand 1947/48 abgesetzt worden war. Der Landesverband Oder/Neiße, der 20 Delegiertenstimmen – je fünf für jede der vier ostdeutschen Provinzen – und damit 3,7 % stellte, galt hingegen als Vertretung der Vertriebenen in der Bundesrepublik mit der Aufgabe, sich für die Eingliederung der Heimatvertriebenen einzusetzen.

Dementsprechend verstand sich die CDU weiterhin als Vertretung der christlich-demokratisch orientierten Deutschen in der SBZ/DDR und der Vertriebenen jenseits von Oder und Neiße. Allerdings gab es Probleme aufgrund ihrer organisationsrechtlichen Verflechtung in die Partei: Die Mitglieder der beiden Verbände waren nämlich zweifach in den Prozeß der innerparteilichen Willensbildung eingebunden – in ihren eigenen Verbänden wie in den bundesrepublikanischen Regionalverbänden der CDU, da es ihnen nicht gestattet war, sich auf Orts- und Kreisebene außerhalb der ortsansässigen CDU zu organisieren.<sup>106</sup>

Dieser – etwas befremdliche – Tatbestand hatte die Frage aufgeworfen, ob die offenkundige Bevorzugung und Überrepräsentanz nicht beseitigt und den Sondervertretungen in Zukunft nur noch eine beratende Stimme in den Parteigremien zuerkannt werden sollten – ein Vorschlag, der sofort auf erbitterten Widerstand stieß. Die fatalen innen- und außenpolitischen Auswirkungen dieser Überlegung sprach Wüermeling an<sup>107</sup>, als er zu bedenken gab, wenn diese Verbände „beschlüßmäßig“ herunterdividiert würden, „dann nimmt man draußen unsere Wiedervereinigungsäußerungen einfach nicht mehr ernst“. Noch wesentlich massiver waren die Argumente der Berliner Vertreter, Tillmanns und vor allem Gradl, der es nicht nur als „hartes Stück“ bezeichnete, die Delegiertenstimmen der Exil-CDU möglicherweise zu halbieren oder ihr nur noch eine beratende Stimme zuzubilligen, sondern auch den Zeitpunkt der Diskussion kritisierte, „wo die Welt anfängt, sich über die deutsche Frage offenbar ernstlich Gedanken zu machen“.<sup>108</sup> Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiß: Das Gewicht der Sondervertretungen wurde etwas reduziert (die Exil-CDU erhielt nur noch 75 Delegiertenstimmen, der Verband Oder/Neiße blieb bei 20), der bisherige sonstige Status blieb unverändert.

Nachdem diese Diskussion ausgestanden war, brach praktisch in letzter Minute – vor der endgültigen Verabschiedung des Statuts auf dem Parteitag von 1956 in Stuttgart – ein neuer Konflikt auf, der auch in der Öffentlichkeit breite Resonanz fand. Die Ursachen dafür waren zwar vielfältiger Natur, aber in ihrer Wirkung betrafen sie den Kanzler und seine Stellung. Adenauer wird diesem Parteitag mit besonders gemischten Gefühlen entgegengesehen haben. Denn nach seiner Moskau-Reise, die in der Union keinesfalls unumstritten war, und seiner längeren Krankheit im Herbst

---

106 Vgl. PROTOKOLLE I S. 466.

107 Nr. 8 S. 548f.

108 Nr. 8 S. 541.

1955 war wieder einmal die Frage aufgeworfen worden, wer die Partei nach Adenauer führen sollte: er war im Januar 1956 80 Jahre alt geworden. Nachfolgespekulationen waren bereits in der Sitzung vom November 1955, an der er wegen seiner Erkrankung nicht teilnehmen konnte, zur Sprache gekommen.<sup>109</sup> Die heftigen Auseinandersetzungen mit Erhard und Schäffer, der Streit mit der FDP und ihrem unberechenbaren Vorsitzenden, die umstrittene Wahlrechtsreform, das Auseinanderbrechen der Koalition in Nordrhein-Westfalen und der Verlust der Macht in diesem wichtigen Bundesland, das fast ein Drittel der Wähler in der Bundesrepublik Deutschland, mehr als ein Drittel der Industrie, des Kapitals und des Volkseinkommens umfaßte, die heftigen Diskussionen um die Wehrgesetzgebung im Frühjahr 1956 – all dies heizte die Spekulation zusätzlich an. Außerdem sank die Popularitätskurve des Kanzlers, die nach der Heimführung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im Oktober 1955 auf 55 % gestiegen war, von stattlichen 56 % nach den Geburtstagsfeierlichkeiten im Januar 1956 dramatisch auf einen Tiefpunkt von 40 % im Mai. Mit Adenauer – so mutmaßten viele – schienen Wahlen nicht mehr zu gewinnen zu sein.<sup>110</sup> Zwar wurden bei schlechten Umfrageergebnissen des Kanzlers und Parteivorsitzenden oder nach Wahlverlusten schon verschiedentlich Parteireformen gefordert – auch von Adenauer<sup>111</sup>; mit zarten Anregungen und vorsichtigen Formulierungen ließen es die Vorstandsmitglieder in der Sitzung am 26. April und 12. Juli 1956<sup>112</sup> aber nicht mehr bewenden; es kam zu einer deutlichen Artikulation wachsenden Unbehagens: über das schlechte Bild, die Uneinigkeit der Koalition wurde bitter geklagt<sup>113</sup>, die Regierung in der Defensive gesehen<sup>114</sup>, von Müdigkeit<sup>115</sup>, vom Fehlen von Saft und Kraft<sup>116</sup> gesprochen und die CDU-Führung in toto kritisiert<sup>117</sup>. Diese allgemeine Stimmungslage in der Partei wohl richtig einschätzend, hatte der Bundesgeschäftsführer schon vor dem Stuttgarter Parteitag beim Vertrauten des Kanzlers, Globke, die Möglichkeiten einer Nachfolgeregelung auszuloten versucht, war mit seinem Vorstoß aber aufgelaufen.<sup>118</sup>

Die latente Unruhe im Parteivolk brach sich vor allem Bahn nach dem Verlust der Macht in Nordrhein-Westfalen. Der Sturz der Regierung Arnold wurde fast ausschließlich als Ergebnis der Politik in Bonn gesehen und dem Kanzler

---

109 Nr. 10 S. 692. Vgl. auch „Die Welt“ vom 26. Oktober 1955.

110 Vgl. dazu SCHWARZ 1 S. 312–319.

111 Vgl. Nr. 6 S. 387ff.; Nr. 7 S. 421; Nr. 11 S. 774–781; vor allem aber in der Sitzung Nr. 12, als der Schock des Regierungswechsels in Nordrhein-Westfalen besonders tief saß.

112 Nr. 15 S. 933ff.

113 Nr. 15 S. 934, 943f. usw.

114 Nr. 15 S. 936, 956.

115 Nr. 15 S. 936.

116 Nr. 15 S. 942.

117 Nr. 15 S. 949 („schwere Versäumnisse“).

118 Bruno HECK: Adenauer und die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. In: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Hrsg. von Dieter Blumenwitz u.a. Stuttgart 1976 S. 186–203, hier S. 201f.

angelastet.<sup>119</sup> In der Vorstandssitzung während des Stuttgarter Parteitags zogen die beiden nordrhein-westfälischen Landesverbände, bei denen der Schock besonders tief saß, völlig überraschend den Vorschlag aus der Tasche, den Satzungsentwurf, der nun schon so oft und so lange und ausgiebig diskutiert worden war, erneut zu verändern. Zur Stärkung ihrer Schlagkraft im Land, aber auch im Bund, hatten sich die beiden mitgliedsstärksten Verbände kurz zuvor – am 17. April – ein gemeinsames Präsidium geschaffen. Mit dem Gewicht dieser Neuorganisation im Rücken forderten sie, die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von zwei auf vier zu erhöhen.<sup>120</sup> Das vordergründige Ziel war klar: Der abgehalfterte, sich aber großer Beliebtheit erfreuende Ministerpräsident Arnold, der bisher als herausragende Figur im Kreise der CDU-Ministerpräsidenten galt, sollte als stellvertretender CDU-Vorsitzender eine neue Plattform mit zukunftsweisenden Arbeitsmöglichkeiten auf höherer Ebene erhalten, um für größere Aufgaben, wie eine mögliche Adenauer-Nachfolge, gerüstet zu sein. Nach Lage der Dinge war dies aber nur über eine Aufstockung der Stellvertreterzahl möglich. Denn eine Kampfabstimmung zwischen Kaiser und Arnold, beide katholisch und beide Repräsentanten des Arbeitnehmer-Flügels, mußte auf alle Fälle vermieden werden, und der den Protestanten vorbehaltene zweite Stellvertreter war unantastbar. Außerdem vereinte dieser Vorstoß verschiedene Vorteile in sich: Mit Kaiser und Arnold glaubte man, den Einfluß des „sozialen Gewissens“ der Partei bei der bevorstehenden Rentenreformdiskussion verstärken zu können, möglicherweise aber auch, bei zukünftigen Regierungsbildungen die Zahl der Befürworter einer Koalition unter Einschluß der SPD an der Parteispitze zu erhöhen. Beide galten seit jeher als Anhänger einer großen Koalition.<sup>121</sup>

Adenauer, der die Stoßrichtung dieses Antrags sofort erkannte, hielt mit allen Feinessen, derer er fähig war, dagegen. Denn mit einem stellvertretenden Vorsitzenden Arnold – dies war ihm klar – bestand durchaus die Möglichkeit, daß seine Machtbefugnisse innerhalb der Partei beschnitten werden könnten. Bei einer stärkeren Trennung von Parteivorsitz und Bundeskanzleramt war aber die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Partei sich allmählich gegen die Regierung wenden und deren Handlungsfähigkeit beschränken könnte. In der hitzigen Diskussion – zwischendurch schien ihm der Geduldsfaden zu reißen: „Jetzt wird es mir allmählich zu bunt“ – prallten das Für und Wider heftig aufeinander. Immerhin glaubte Adenauer am Ende der Debatte, daß die Mehrheit des Vorstands – gemessen an Wortmeldungen und Beifallsäußerungen – eine erneute Satzungsänderung ablehnte; eine Abstimmung riskierte er aber nicht, sondern verließ nach dieser Feststellung die Sitzung.<sup>122</sup>

---

119 Nr. 12 S. 821.

120 Nr. 14 S. 908ff.

121 So SCHWARZ I S. 315f.

122 Nr. 14 S. 914ff.; vgl. dazu auch HÜWEL S. 300–305. – Die Möglichkeit, einer Abstimmung und einer ihm nicht genehmen Festlegung auszuweichen, nutzte Adenauer verschiedentlich, so z.B. in der Frage einer möglichen Wahlabsprache mit dem BHE 1957, bei der die

Abgeschlossen war die Diskussion damit nicht; vor allem der Landesverband Westfalen bohrte weiter, so daß der Parteivorsitzende sich am 28. April genötigt sah, die Debatten im Parteitags-Plenum zu unterbrechen und im Bundesparteiausschuß erneut den Versuch zu unternehmen, das Vorhaben der Vertreter von Nordrhein-Westfalen zu Fall zu bringen. Das Ergebnis war für ihn jedoch gänzlich unbefriedigend: Von den 126 Stimmberechtigten votierten nach heftiger Diskussion 35 für und 32 gegen den Antrag. Aufgrund dieses knappen Abstimmungsergebnisses verzichtete der Bundesparteiausschuß darauf, den Antrag offiziell zu unterstützen, und stellte den beiden Landesverbänden anheim, ihn selbst im Plenum einzubringen. Bei atemloser Stille<sup>123</sup> begründete der aufsteigende Stern am Parteihimmel, Hermann Josef Dufhues, den Antrag mit „der Sorge und der Verantwortung für die Gesamt-CDU“<sup>124</sup>, votierte nachhaltig für Arnold, der im In- und Ausland als Bollwerk gegen die unzuverlässigen FDP-Kräfte hoch geachtet werde, und verband die Verdoppelung der Zahl der Stellvertreter des Parteivorsitzenden mit der Erwartung, gleichzeitig das evangelische Element im Vorstand erheblich zu verstärken – ein für die Protestanten der Union besonders wohlklingendes Argument.<sup>125</sup>

Das im Bundesparteiausschuß bereits ermittelte Quorum war ein getreues Abbild der Kräfteverhältnisse in der Partei. Es fand seine Entsprechung bei den Delegierten des Parteitags – ein deutlicher Beweis für die geschickte und ausgewogene Rekrutierung der Mitglieder in den jeweiligen Gremien: Auch hier wurde mit 239 gegen 227 bei sieben Enthaltungen der Antrag bei schriftlicher Abstimmung mit denkbar knappem Ergebnis angenommen. Ein Erfolg war dieses knappe Ergebnis für die „Reformer“ allerdings nur vordergründig. Zwar war Adenauer erstmals seit 1950 wieder auf einem Parteitag in einer für ihn wichtigen Frage unterlegen<sup>126</sup>, gleichzeitig aber wurde er erneut einstimmig als Vorsitzender bestätigt. Auch wenn die Hälfte der Delegierten Adenauer in der Stellvertreterfrage die Gefolgschaft verweigert hatte, so bedeutete das eindeutige Ergebnis seiner Wiederwahl eine Relativierung der Satzungsänderung und eine Stärkung seiner Position, zeigte es doch von vornherein die Grenzen der vier Stellvertreter auf, die alle wesentlich weniger Stimmen auf sich ziehen konnten. Für Arnold erwies sich die Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden bestenfalls als Trostpflaster für die entglittene Macht in Düsseldorf. Und tatsächlich währte die Freude der innerparteilichen Fronde auch nur kurz; denn die Statutenänderung

---

Mehrheit des Bundesvorstands sich seinen Intentionen widersetzte (vgl. Nr. 20 S. 1285). – Vgl. auch Jürgen DITTBERNER: Die Bundesparteitage der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968. Eine Untersuchung der Funktion von Parteitagen. Augsburg 1969 S. 70–83.

123 „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. April 1956.

124 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 122.

125 Die Labilität des konfessionellen Ausgleichs kam immer wieder in Diskussionen zum Ausdruck, die in aller Regel von Klagen der Protestanten ausgelöst wurden (vgl. bereits in Nr. 1 S. 3f., 26; Nr. 2 S. 78–83; Nr. 3 S. 144–147, 156–159, 167–180 usw.).

126 Vgl. dazu PROTOKOLLE 1 S. XIf.

änderte nichts an der dominierenden Rolle Adenauers und an den Machtverhältnissen an der Parteispitze.<sup>127</sup> Aus dem Schatten Adenauers und der eher repräsentativen Rolle als stellvertretender Parteivorsitzender vermochte auch in Zukunft keiner der Gewählten herauszutreten: Kaiser erkrankte wenige Monate nach Stuttgart schwer; Arnold blieb in seiner Wirksamkeit auf Nordrhein-Westfalen beschränkt und erlangte in der Bundespolitik kein Gewicht – sicher auch neutralisiert durch den geschickten Schachzug Adenauers, den früheren nordrhein-westfälischen Innenminister Meyers für die intensive Parteiarbeit zu gewinnen und in den Bundesvorstand als geschäftsführendes Vorstandsmitglied wählen zu lassen; von Hassel war, weit von Bonn entfernt, als Ministerpräsident in Schleswig-Holstein gebunden und Gerstenmaier schließlich als Bundestagspräsident parteipolitisch weitgehend lahmgelegt.

Ein Jahr später war die Lage wie verwandelt, die Zerreißprobe von Stuttgart vergessen. Optimismus herrschte allenthalben. In seiner Führungsposition unangefochten, befand sich Adenauer mit seiner Partei im demoskopischen Aufwind. Bereits Anfang Februar 1957 sprach er die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit an. Im Juli waren die Aussichten für die bevorstehende Bundestagswahl sogar so, daß ihm „die Stimmung eigentlich etwas zu gut“ war. „Wenn die Leute zu siegesgewiß sind, werden sie faul und lassen in ihrer Arbeit nach“; außerdem könne man sich so hundertprozentig fest „niemals auf den Ausgang einer Wahl verlassen“.<sup>128</sup> Auf die gute Bilanz, die er vorzulegen hatte, wollte er sich dabei nicht alleine verlassen: „Wir werden die Wahl nicht unbedingt gewinnen, wenn wir sagen: Wir können uns über das Erreichte freuen. Ich fürchte, daß das nicht genügt.“<sup>129</sup>

Deshalb forderte er die Stärkung der weltanschaulichen Basis der Partei, d.h. des christlichen Fundaments, und ständige Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus sowie „Stetigkeit und Zuverlässigkeit“ in der Außenpolitik. In der Innenpolitik unterstützte er nachhaltig die Pläne, in eine neue Phase der Sozialen Marktwirtschaft einzutreten und Mittelstand, Landwirtschaft und die Eigentumsbildung breiter Schichten zu fördern. Der erhoffte Erfolg blieb nicht aus; die Wahl vom 15. September 1957 brachte den Unionsparteien die absolute Mehrheit.

### 3. Zur Edition

Die Einrichtung der Edition folgt den für den ersten Band der CDU-Vorstandsprotokolle aufgestellten Regeln<sup>130</sup>; sie brauchen deshalb nicht im Detail wiederholt zu werden.

Wesentlich ist: In die Kopfregeisten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst

---

127 Vgl. PRIDHAM S. 94f.

128 Nr. 20 S. 1257.

129 Nr. 20 S. 1260.

130 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV–XXVII.

das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind. Wenn sich Anwesenheitslisten erhalten haben, sind alle Anwesenden aufgeführt, wobei dahingestellt bleiben muß, ob es sich jeweils um eine dauernde oder nur zeitweise Anwesenheit gehandelt hat.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist dies auch die einzig vollständig erhaltene Originalüberlieferung<sup>131</sup>, denn in der Regel verblieben die angefertigten Protokolle in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und wurden nur in einzelnen Fällen und nur auf ausdrückliche Aufforderung eines ordentlichen Mitglieds des Bundesvorstands zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.<sup>132</sup> Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z.B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens auf den Eingriff hin.

Die stenographischen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort; die Überprüfung von Zeitungsberichten, die hin und wieder in den Sitzungen verlesen wurden, ergab in Einzelfällen geringfügige Abweichungen, die nach dem Originaltext stillschweigend berichtigt worden sind.<sup>133</sup> Ebenfalls stillschweigend korrigiert wurden fehlerhafte bzw. sinnlose Transkriptionen aus dem Stenogramm; z.B. lautete eine Textstelle wie folgt: „Adenauer: Ich danke Ihnen Herr Wehking. Ich darf Herrn Etzel noch eine Frage stellen. In dem Agrarprogramm für 1957 ist unter Ziffer 3. folgendes gesagt: Zur ausreichenden Versorgung ist durch Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Aussiedlung aus beengter Dorglafe, Wegebai sowie Verbesserung der Boden- und Wasserwirtschaftsverhältnisse beschleunigt und mit genügend großen finanziellen Mitteln von Bund und Ländern weiterzuführen.“<sup>[!]</sup><sup>134</sup> Abweichungen vom gesprochenen Wort und solch relativ seltene Fehler der Mitschrift mindern den Wert der Quelle in keiner Weise; der historisch-kritischen Genauigkeit wegen soll diese Tatsache nicht unerwähnt bleiben. Nur in einem Fall (im Protokoll vom 2. Mai 1955) findet sich eine Paraphe „Schl./La.“, die auf den Stenographen Willy Schlarb, den späteren rheinland-pfälzischen Parlamentsstenographen, schließen läßt.

Notizen und Mitschriften einzelner Sitzungsteilnehmer, wie sie z.B. von Otto Lenz<sup>135</sup>, Gebhard Müller<sup>136</sup> oder Fritz Hellwig<sup>137</sup> überliefert sind, blieben unbe-

131 Eine zweite, unvollständige Überlieferung in StBKAH.

132 Aktenvermerk von Konrad Kraske vom 21. September 1960.

133 Vgl. Nr. 6 Anm. 104; Nr. 20 Anm. 4.

134 In Nr. 20 S. 1299.

135 ACDP I-172-003.

136 ACDP I-217 AO 11.

137 ACDP I-083-004.

rücksichtigt, weil sie gegenüber den stenographischen Mitschriften keine weiteren Informationen vermitteln können.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der einschlägigen Nachschlagewerke; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt. Wenn die Vita einer Person im ersten Band der Vorstandsprotokolle bereits ausführlich behandelt ist, werden in diesem zweiten Band im allgemeinen nur noch Mandate oder Funktionen erwähnt, die der Betreffende zum Zeitpunkt der zweiten Legislaturperiode, die dieser Band umfaßt, innehatte; ansonsten ist auf Band 1 verwiesen, der mit dem Kurztitel PROTOKOLLE 1 zitiert ist.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist.<sup>138</sup> Auch ist nicht in jedem Einzelfall der Hinweis auf die Memoiren von Adenauer erfolgt, der bei deren Niederschrift die Vorstandsprotokolle intensiv benutzt hat. Gleiches gilt für die Bände der „Teegespräche“ Adenauers mit seinen, den Formulierungen in den Lageberichten der Vorstandssitzungen oft fast identischen Ausführungen, vornehmlich zur Außenpolitik.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

\*\*\*

Zu danken habe ich Herrn Yorck Dietrich und Frau Marlies Roosen, die das Sach- bzw. Personenregister besorgten, sowie Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich wieder der Mühe unterzogen hat, das umfangliche Manuskript kritisch durchzusehen. Vor allem aber gebührt mein Dank Frau Käthe Ruf und Frau Margret Wiffel, die neben dem Tagesgeschäft mit nicht endenwollender Energie und mit fast unerschütterlicher Ruhe und Gelassenheit das Manuskript für den Druck vorbereitet haben. Die Edition ist in drei Jahren neben der „normalen“ Arbeit entstanden; für die eine oder andere Nachlässigkeit, die mir unterlaufen sein mag, bitte ich deshalb um Nachsicht.

Günter Buchstab

---

138 Standardwerke, Handbücher und Übersichten wie von DOERING-MANTEUFFEL, HILLGRUBER, MORSEY und SCHWARZ usw. sind nicht immer eigens zitiert.